

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 933 Postulat Lehmann Meta und Mit. über ein Massnahmenpaket betreffend Elektroheizungen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 933 und das Postulat P 963 von Daniel Piazza über den beschleunigten Ersatz von Elektroheizungen werden als Paket behandelt. Meta Lehmann ist nicht mehr im Rat vertreten. Das Postulat wurde von Sara Muff übernommen. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 933 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Fabian Stadelmann beantragt Ablehnung. Sara Muff hält am Postulat fest. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 963 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Fabian Stadelmann beantragt Ablehnung. Daniel Piazza hält an seinem Postulat fest.

Sara Muff: Gebäude sollen nicht mehr mit elektrischen Widerstandsheizungen beheizt werden, sogenannten Elektroheizungen. Elektroheizungen sind ineffizient und benötigen im Winter viel Strom, also genau dann, wenn die Stromversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energieträgern ohnehin zur Herausforderung werden kann. Zudem gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wie Gebäude mit erneuerbaren Energieträgern und um ein Vielfaches effizienter beheizt werden können. Es freut die SP-Fraktion, dass die Regierung das Energieförderprogramm anpasst. Nun erhält man deutlich mehr Geld, wenn man ein neues Wärmeverteilsystem installieren muss. Der Zusammenhang ist folgender: Dezentrale Elektroheizungen, also zum Beispiel Elektrospeicheröfen in jedem Zimmer, benötigen kein wassergeführtes Wärmeverteilsystem. Ein Stromanschluss reicht. Werden die ineffizienten Elektroöfen entfernt, wird ein neues System benötigt, beispielsweise eine Wärmepumpenheizung, neu ein Wärmeverteilsystem und Radiatoren für die Wärmeabgabe in den Räumen. Diese Wärmeverteilung nachträglich zu installieren, ist relativ teuer. Deshalb ist es wichtig, hier einen Anreiz zu schaffen. Erfreulich ist auch, dass eine verstärkte Information zum Ersatz von Elektroheizungen geplant ist. Damit kann man die Eigentümerschaft dabei unterstützen, eine geeignete Lösung zu finden, und sie in einem ersten Schritt vor allem auf die verschiedenen Unterstützungsangebote hinweisen. Mit dem Postulat P 933 schlägt die SP-Fraktion jedoch noch weiter gehende Massnahmen vor, beispielsweise dass im kantonalen Energiegesetz zusätzliche Module der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) umgesetzt werden. Wir hätten uns gefreut, wenn die Regierung auch prüfen würde, ob das Modul 4 zur Vermeidung des Beheizens von unbesetzten Ferienhäusern und Ferienwohnungen implementiert werden kann. Zudem haben wir uns erhofft, dass die Regierung das Modul 6 der MuKE 2014 zur Sanierungspflicht der dezentralen Elektroheizungen vorschlägt. Dies wird in der Stellungnahme der Regierung nicht

erwähnt. Die SP-Fraktion erachtet es als unumgänglich, dass man bei der nächsten Anpassung des Kantonalen Energiegesetzes auch die regulatorischen Vorgaben betreffend Elektroheizungen prüft. Deshalb ist es wichtig, sowohl das Postulat P 633 als auch das Postulat P 963 erheblich zu erklären.

Fabian Stadelmann: Wir sind wieder bei der Energiestrategie 2050, und es geht wieder um zusätzliche Subventionen. Es ist tatsächlich so, dass Elektroheizungen nicht wirtschaftlich sind. Aber hier gilt es den Markt spielen zu lassen, der das selbst richten wird. Der Kanton Luzern leistet bereits genug. Nach Meinung der SVP-Fraktion reicht bei der Erstinstallation der Wärmeverteilsysteme die Erhöhung der Förderbeiträge um 200 Franken auf 6000 Franken. Den Rest regelt der Markt. Es wird genug getan, und der Druck muss nicht noch höher werden. Oder wie wollen Sie den Druck erhöhen, ohne ein Verbot auszusprechen? Die SVP-Fraktion lehnt beide Postulate ab.

Daniel Piazza: Beide Postulate werden überparteilich getragen und fordern Massnahmen und eine verbesserte Anreizsteuerung für den beschleunigten Ersatz von Elektroheizungen. Schon 2022 hat das Bundesamt für Energie (BFE) festgestellt, dass Elektroheizungen vor dem Hintergrund der Ziele der Energiestrategie 2050 nicht mehr zeitgemäss sind. Weshalb? Nebst der schlechten Energieeffizienz von Elektroheizungen ist der hohe Strombedarf im Winterhalbjahr kritisch. Im Winterhalbjahr ist die Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen zunehmend eine Herausforderung. Zudem wird in anderen Sektoren, wie zum Beispiel bei der Mobilität, in Zukunft ein höherer Strombedarf erwartet, wovon wir noch zu viel für Elektroheizungen verbrauchen. Deshalb sollte der Wechsel weg von den dezentralen Elektroheizungen ohne Wärmeverteilsystem mit besseren Anreizen gefördert werden. Die bestehende Förderung ist gut, reicht aber noch nicht aus, um die Hemmungen der betroffenen Gebäudeeigentümerschaften zu überwinden. Beide Postulate regen an, diese Förderung im Kanton Luzern gezielt zu verbessern, damit sich der Heizungsersatz künftig lohnt. Die Mitte-Fraktion freut sich, dass die Regierung beide Postulat erheblich erklären will. Wir bitten Sie, der Regierung zu folgen.

Simon Howald: In Sachen Energieverbrauch und Klimawandel ist nebst Verkehr, Industrie, Ernährung und weiteren Bereichen auch der Gebäudepark relevant. Abgesehen von der Bausubstanz und der Isolation sind auch die Heizsysteme im Fokus. Technologien für eine effiziente und umweltverträgliche Beheizung von Gebäuden sind heute vorhanden und sollen aus Sicht der GLP-Fraktion möglichst rasch eingesetzt werden. Ineffiziente, stromintensive Systeme sollen zeitnah ersetzt werden. Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme ausführt, sind die Elektroheizungen in Erst- und Zweiwohnungen für ungefähr 10 Prozent des Schweizerischen Stromverbrauchs verantwortlich. Griffige Massnahmen in diesem Bereich lohnen sich, damit erzielen wir eine Hebelwirkung. Die aufgelegten Fördermassnahmen des Bundes und das Ziel des Kantons Luzern im Bereich des Klimaschutzes und der Sicherstellung der Energieversorgung gehen für einmal erfreulicherweise Hand in Hand. Das ist die Gelegenheit, um in diesem Bereich einen wichtigen Schritt vorwärts zu kommen. Wir stehen für attraktive und durchdachte Förderbeiträge ein, die bei den betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümern einen genügend grossen Anreiz schaffen, jedoch unnötige Mitnahmeeffekte vermeiden. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung beider Postulate zu.

Thomas Kummer: Elektroheizungen sind nicht mehr zeitgemäss und ineffizient. Sie tragen zum Stromengpass bei und sind deshalb so schnell wie möglich zu ersetzen. Bund und Kanton sind in der Pflicht, Massnahmen zu ergreifen, um diese Ersatzprozesse zu beschleunigen. Die in beiden Postulaten vorgesehenen Massnahmen gehen aus Sicht der Grünen Fraktion in die richtige Richtung. Deshalb stimmen wir der Erheblicherklärung beider

Postulate zu.

Ronny Beck: Bei den beiden Postulaten geht es um Widerstandsheizungen in Gebäuden. Der Regierungsrat soll hauptsächlich damit beauftragt werden zu prüfen, wie mit einem Massnahmenpaket der Einsatz von elektrischen Widerstandsheizungen in Gebäuden reduziert werden kann, respektive umgehend den Ersatz von Elektrodirektheizungen zusätzlich mittels gezielter finanzieller Förderung beim Heizungsersatz zu beschleunigen und Anreize zu schaffen. Mit der Annahme des Klima- und Innovationsgesetzes (KIG) wurde auch eine Änderung des eidgenössischen Energiegesetzes angenommen. Mit dem neuen Artikel 50a zum Impulsprogramm für den Ersatz von Wärmeerzeugungsanlagen und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz werden voraussichtlich ab dem Jahr 2025 vom Bund zusätzliche Fördermittel von 200 Millionen Franken pro Jahr für die nächsten zehn Jahre für den Ersatz von ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen zur Verfügung stehen. Die Einzelheiten sind vom Bund aber auf Verordnungsebene noch zu regeln. Der Vollzug wird auf kantonaler Ebene erfolgen. Die FDP-Fraktion folgt der Regierung und stimmt der Erheblicherklärung beider Postulate zu.

Josef Schuler: Energie ist das weisse Gold der Schweiz. Wir müssen zu ihr Sorge tragen und dürfen sie nicht mit ineffizienten Elektroheizungen verschleudern. Ich habe dieses Jahr unsere eigene Heizung ausgewechselt, nicht weil es nötig gewesen wäre, sondern weil ich in eine neue Zukunft gehen wollte weg von den fossilen Energieträgern. Das war meine Motivation. Ich möchte, dass mein Nachbar diese Gelegenheit ebenfalls erhält. Er ist aber finanziell nicht in der Lage dazu. Das Ziel, von der fossilen Energie wegzukommen, überwiegt aber. Deshalb müssen wir Förderinstrumente entwickeln, damit alle die Möglichkeit haben, effizienter zu werden.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss in Vertretung von Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Reto Wyss: Die wesentlichen Argumente wurden genannt, deshalb mache ich es sehr kurz. Die Elektroheizungen machen tatsächlich eine relevante Grösse aus, deshalb lohnt es sich, den Hebel dort anzusetzen. Wir haben die kantonalen Fördergelder per 2023 bereits erhöht. Zudem wird das KIG beim Bund zusätzliche Mittel auslösen. Zum Ablehnungsantrag: Das wäre ein Rückschritt hinter den Planungsbericht. Im Planungsbericht haben wir diesbezüglich bereits Massnahmen definiert, die wir auch weiterführen wollen. Ich bitte Sie, die beiden Postulate erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat P 933 mit 78 zu 25 Stimmen erheblich.